

Bacher's Bozener Wettermäntel

Eigene Fabrikation echter
Innsbrucker Loden-Pelerinen.

Halle,
Sporthaus Julius Bacher, Leipzigerstr. 102.

für Damen, Herren u. Kinder
leicht, warm, wasserdicht und porös.
Wettermäntel aus Billroth-Batis,
Froschhaut und Schlangenseide.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Halle und Umgebung.

Der liberale Verein

Halle, 26. März.

gestern im „St. Nicolaus“ seine Monatsversammlung ab. Trotz des stürmenden Regens hatten sich etwa 100 Parteifreunde eingefunden, die einen sehr interessanten, anregenden Abend verlebten.

Herr Parteisekretär Schwigin erstattete den Bericht über den Bezirkstag in Bitterfeld. Er konnte auf Grund der Mitteilungen aus den einzelnen Wahlkreisen mit Genugtuung hervorheben, daß fast überall in den 7. dem Bezirk angehörenden Wahlkreisen der Liberalismus in dem Ausbau seiner Organisation erfreuliche Fortschritte machte. Herr Schwigin, der demnächst aus seiner hiesigen Stellung scheidet, hatte allen, die ihn in seinem arbeitsreichen, mißvollem Amt unterstützt haben, herzlichen Dank ab. Viel Vertrauen hat er gefunden. Manches schönen Erfolgs hat er verzeichnen können und manche Anerkennung ist seiner vielseitigen Begabung, seinem großen politischen Wissen und seiner begeisterten Hingabe an die Aufgaben des Liberalismus zuteil geworden. Herr Landtagsabg. Deltius als Vorsitzender der gestrigen Versammlung sprach im Sinne aller, als er Herrn Schwigin für die der Partei geleisteten treuen Dienste dankte und ihm Segenswünsche für seine neue Tätigkeit mitgab.

„Unsere Stellung zur Sozialdemokratie“

behandelte in längeren Ausführungen Herr Rechtsanwält Dr. Schreiber. Einmal betonte er, daß man in konventionellen Blättern und Versammlungen immer noch dem Vorwurf begegne: Der Freisinn sei nicht national, sei vaterlandsfeindlich. Begründet wird heute noch dieser Vorwurf durch die frühere Haltung des Freisinns in Militärfragen, obgleich diese damalige Stellungnahme nichts mit Militärfeindschaft zu tun hatte, sondern durchaus auf die Lösung von Verfassungfragen hinauszielte. In neuerer Zeit wird man der fortschrittlichen Volkspartei das Stichwortsbündnis mit der Sozialdemokratie vor und meint, weil der Helfer so gut wie der Helfer, sein Fortschritt und Sozialdemokratie gleich zu bewerten. Solche Ansicht ist grundfalsch. Bei den Wahlen 1907, als es sich um die Lösung einer nationalen Frage handelte, ging der Fortschritt mit den Konfessionellen zusammen. Damals wurde ihm von sozialdemokratischer Seite der Vorwurf gemacht, er sei konfessionell geworden. Nun der Fortschritt aus tatsächlicher Notwendigkeit und nicht aus programmatischer Überzeugung mit der Sozialdemokratie in den Stichwortsbündnis 1912 zusammengegangen ist, kommt von der anderen Seite der Vorwurf, der Fortschritt sei sozialdemokratisch geworden oder habe wenigstens in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Sozialdemokratie. Diese Vorwürfe sind durchaus unberechtigt, denn immer hat der Freisinn nur aus tatsächlichen Motiven gehandelt. 1907 war sein Ziel, dem liberalen Bürgertum wieder zum Einfluß zu verhelfen, 1912 war das Ziel, die Mehrheit zu fügen, der wir das Anschließen der roten Flut zu danken haben. Niemand hat das Stichwortsbündnis gern getan; in der Politik geht es aber nicht immer nach den Wünschen des einzelnen, da sind auch die tatsächlichen Entscheidungen ohne Sentimentalität zu treffen. Nun jetzt man über den roten Reichstag mit seinen 110 Genossen. Es ist eine Ironie, daß gerade dieser so verlässerte Reichstag die größte Heeresvorlage bewilligt hat, die je das Deutsche Reich bisher kannte. Freilich hat dieser selbe Reichstag dem Liberalismus zu einem gewissen Einfluß verholfen. Das kommt schon im Präsidium zum Ausdruck: drei bürgerliche christliche Männer mit gewöhnlichem roten Blut sitzen dort, kein Adel oder irgend eine bevorzugte Stellung im Staate findet hier die Repräsentation. Verändert ist in diesem Reichstag die Situation dergestalt, daß die Konfessionellen bei der Debatte vorangehen zur Heeresvorlage, als sie sich wieder, nach dem Ausspruch des Herrn v. Diden, zu den Portemonnaie des Bekleidenden stellen wollten, in die Ecke gestellt wurden, daß ihr Einfluß gebrochen ist. Deshalb ihr Schimpfen und Schmähen. Die Konfessionellen sind und waren sonst nicht so empfindlich. Wenn es galt, ihren Einfluß zu stärken, dann kam es ihnen nicht darauf an, um sozialdemokratische Stichwortsbündnisse zu betteln. Selbst blaue und braune Lappen waren von ihnen für solche Hilfe geboten worden. Schon vor den Wahlen wollten ja die Konfessionellen einen Unterschied zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie nicht gelten lassen, deshalb jene Stichwortsbündnisse des Herrn v. Heybrand in Königsberg, die ein

liberaler nimmer anerkennen konnte. Der Fortschritt mußte so handeln, wie er gehandelt hat, um einen anderen Kurs in der Politik zu bekommen.

Wiesbach hat man geklärt, mit den 110 Genossen im Reichstag ist der Beginn des Zukunftsstaates gekommen. Nun man sieht, daß die erwarteten sozialistischen Gesetze ausbleiben, da tritt die Ernüchterung ein, da kommt die sozialistische Flut zum Stauen, da verlieren in den Gemeindevertreter-, Krankentafel- und Gewerbegerichtswahlen die Sozialdemokraten Wähler und Mandate. Als man gesehen, wie die Genossen im Reichstage ausreizen, wenn es gilt, dem Herrscher eine einfache Mißandbezeugung zu erweisen, da wenden sich auch die Massen der Mitläufer von der Sozialdemokratie.

Der Redner wendet sich nunmehr dem sozialistischen Programm zu, dabei betonend, daß in Wahlversammlungen die Sozialdemokratie ihr Programm wohlwahrhaftig in der Tasche behält, denn mit einem liberalen Kalbe pflegt sich der besser, besonders wenn alte, vom Liberalismus längst erhobene Forderungen mit einigen agitatorischen Phrasen umkleidet sind. Herr Dr. Schreiber weist darauf hin, daß das aus dem Jahre 1891 stammende Erfurter Programm der Sozialdemokratie in zwei Teile zerfällt. Im ersten Teile werden die angeblichen geschichtlich feststehenden Tatsachen aufgeführt und im zweiten Teile die Forderungen genannt, die in jenen angeblichen Tatsachen ihre Begründung finden. In der Hand eines reichen Zahlenmaterials weist er nach, daß die Behauptungen der Vereinerndungstheorie haltlos gewesen sind, wie es unrichtig ist, heute noch die Konzeptionsstheorie zu vertreten. Das hat auch schon Hebel erkannt, der 1901 auf dem Münchener Parteitag deshalb ein neues Programm in Aussicht gestellt hat. Gekommen ist dieses neue Programm aber bis heute noch nicht.

Wie die Voraussetzungen zum sozialdemokratischen Programm unrichtig sind, so sind auch die daraus entwickelten Forderungen falsch. Die Expropriation aller Produktionsmittel ist schließlich unmöglich. Eine Überproduktion und das damit verbundene Sinken des Wertes der Produktion läßt sich mit einer solchen Expropriation gar nicht verbinden. Durch die Expropriation sollen gekürrte Existenzen geschaffen werden. Das hört sich recht schön an, würde aber nur dann zutreffen, wenn alle Menschen gleich wären und kein Unterschied in den menschlichen Charakteren vorhanden wäre. Wenn aber die Sozialdemokratie sagt, nur die Großen sollen expropriert werden, dann muß man doch fragen, wo die Gerechtigkeit bleibt, dieselbe Gerechtigkeit, die von der Sozialdemokratie sonst gepredigt wird. Welche die Frage der Arbeitsteilung und Arbeitsleistung im Sinne der Sozialdemokratie gelte, dann hätte das Selbstbestimmungsrecht des Menschen auf, dann lebten wir alle wie in einem großen Zustrom, dann hätten wir mit dem Zukunftsstaat den Zuständigkeitsstaat.

Verchiedene Forderungen der Sozialdemokratie vertritt auch der Fortschritt, nur nicht in der extremen Weise. Auch der Fortschritt verlangt möglichst direkte Steuern, erkennt aber, daß die Forderung der Sozialdemokratie, nur direkte Steuern zu erheben, unhaltbar ist. Die Besteuerung der notwendigen Lebensmittel ist zu verwerfen. Das hindert aber nicht, daß man den Konsum der Genussmittel in den Kreis der Besteuerung einbezieht, weil solche indirekten Abgaben von der Masse getragen werden können und auch nicht als drückend empfunden werden. Bedinglich direkte Steuern würden um so schwerer auf den Schultern gerade des kleinen Mannes ruhen.

Die Sozialdemokratie will den Weltfrieden. Auch die fortschrittliche Volkspartei will das. Solange aber unsere Nachbarn nichts von einem solchen Frieden wissen wollen, müssen wir unsere nationale Stärke wahren, um gegen jeden Angriff von außen gesichert zu sein. Mit einer Mißbilligung im Sinne der Sozialdemokratie kann uns nicht gebiert sein. Ein freies Wahlrecht will auch der Liberalismus. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre kann aber nur eine Agitationsphrase sein. Geht man dieser sozialdemokratischen Forderung nach, so würde man bald zu dem Sänglingswahlrecht kommen. Die Proportion des Wahlrechtes, wie es die Sozialdemokraten verlangen, steht nur auf dem Papier. Das haben die Genossen letzterzeit in Brandenburg bewiesen, wo sie eine solche Veränderung des Wahlrechtes zum Gewerbegericht durch Genossen Eingezogen sahen.

Auch mit dem Rufe nach Freiheit ist es der Sozialdemokratie nicht ernst. Bei ihnen heißt es immer noch: Erst Rot, dann Blau! Die nichtsozialdemokratischen Arbeiter können ein Lied singen, wie sie es ihrer anderen Meinung oft genug bedroht und bedrängt, gehandelt und genedt werden. Beim Verzeßtreit — gleichgültig wie der einzelne hierzu steht — da rufen die Sozialdemokraten nach der Staatshilfe, da waten sie es, die die Koalitionsfreiheit unterbinden wollten.

Das Uebel der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist auch der Fortschritt bereit; der Unterschied ist der Lösung der Frage liegt nur in dem Wie. Solange nicht prägnant wirkende Ar-

beitsnachweise vorhanden sind, wird man nicht die Arbeitslosenversicherung zum Staate fordern können. Hier kann nur eine ausgedehnte innere Kolonisation helfen, die den Zugang nach der Großstadt eindämmt und die Selbstlosigkeit der Arbeiter auf dem Lande fördert. Die Selbstlosigkeit Einhalt und Abbruch zu tun. Das aber will die Sozialdemokratie nicht, denn der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hofer hat gesagt: Nicht anläßlich, sondern alljährig soll man die Arbeiter maden.

Die Sozialdemokratie will kein eine Klassenpartei. Aus einseitig will sie der Arbeiterklasse dienen. Dies ist falsch und kann dem wirtschaftlichen Frieden nicht dienen. Die Interessengruppen müssen nach Möglichkeit ausgeglichen werden, wie das die fortschrittliche Volkspartei verlangt und erreicht. In sozialpolitischer Hinsicht muß auch auf den Unternehmerstand Rücksicht genommen werden, denn jede Überlastung des Unternehmers hindert ihn in seiner Konkurrenz dem Auslande gegenüber und schadet so indirekt der Arbeitnehmererschaft. Alle Stände, alle Klassen der Bevölkerung müssen bewußt zusammenhalten zur Förderung des Ganzen. Jedem das Seine, Ausgleich der Gegensätze, Beilegung des Internationalismus, Förderung der vaterländischen Solidarität, das kann und wird das liberale Bürgertum wieder zur Höhe führen. (Beifolger Beifall.)

Eine Diskussion schloß sich nicht an. Herr Landtagsabgeordneter Deltius sprach dann kurz über die Notwendigkeit der

Reform des preussischen Wahlrechtes

und unterbreitete folgende Entschliessung: „Der Verein der fortschrittlichen Volkspartei in Halle und dem Gaalreis betrachtet die Reform des preussischen Wahlrechtes als die wichtigste Aufgabe der gesamten inneren Politik. Das gegenwärtige Dreiklassenwahlrecht ist mit seinen vielen Ungerechtigkeiten kein Wahlrecht für ein futurales und wirtschaftlich so hoch entwickeltes Volk. Große Teile des Volkes werden bei diesem Wahlrecht entrechtet. Um eine zeitgemäße wirtschaftliche Entwicklung Preußens herbeizuführen, seine wirtschaftliche Vormachtstellung im Reiche aufrecht zu erhalten, ist eine Reform des Wahlrechtes und eine Neuerteilung der Wahlkreise mit aller Kraft zu fordern. Wenn auch zurzeit eine Übertragung des Reichstagswahlrechtes ausgeglichen erscheint, so wird sich selbst bei der gegenwärtigen Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses das geheime und direkte Wahlrecht durchsetzen lassen. Die Übertragung spricht der fortschrittlichen Fraktion des Abgeordnetenhauses Dank aus für ihre bisherigen Anstrengungen zur Herbeiführung eines freirechtlichen Wahlrechtes und ist überzeugt, daß diesen Kämpfen der Sieg folgen wird.“

Unser Kronprinz

traf heute mittag 12.24 Uhr Minuten mit Seren des Generalstabes aus dem hiesigen Bahnhof ein. Während seine Begleitung hier zu Mittag speist, besichtigt der Kronprinz sofort sein Automobil und fuhr nach Naumburg weiter. Es handelt sich um eine Generalstabstreife, die durch Thüringen führt.

Der Bauauschuß

verhandelte gestern über die Petition betr. Vergebung von Bildhauerarbeiten. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß die hiesigen Bildhauer erwarten dürfen, in erster Linie bei Vergebung von Arbeiten beachtet zu werden. Man beschloß, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen. Mit der Festlegung von Vorgärten für die Grundstücke Adolfsstr. 14/15 erklärte man sich einverstanden. Die Vorlage betr. Landverkauf Belfortstraße fand Annahme, doch setzte der Ausschuß den Preis pro Quadratmeter auf 10 Mk. herauf. Der Magistrat hatte 5 Mk. vorgeschlagen, es handelt sich um 14 Quadratmeter.

Für das Kriebedittill will man einen vierten Kessel beschaffen. Es wurden dazu 2600 Mk. bewilligt.

Die Pflegeplätze in den heiligen Krankenanstalten.

Zu diesem Thema sendet uns, mit der Bitte um Aufnahme, Herr Franz Lieber als Erwiderung auf die gestrige Aufschrift folgende Darlegungen:

„Die Mitteilung der vier Vorstände der Krankenanstalten wegen des Pflegeplatzes nötigt mich, Ihren Raum noch einmal in Anspruch zu nehmen.“

In der Veranlassung des 1. kommunalen Bezirksvereins mußte ich naturgemäß auch auf die Pflegeplätze zurückkommen. Ich habe dabei ausgeführt, daß die Pflegeplätze in III. Klasse im Diakonissenhaus und dem St. Elisabethkrankenhaus bis 30. Sep-

Alfred Bernhardt

Import- und Versandhaus
feinster Delikatessen,
Konservengrosshandlung,

Halle a. S.,

Gr. Ulrichstrasse 46.

Telephon 735 u. 4453.

Voranzeige.

Ab Sonnabend, den 28. März

stelle ich meine gesamten Vorräte erstklassiger

Gemüse- u. Fruchtkonserven

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

zum Verkauf.

Die enorm billigen Preise haben nur solange Gültigkeit, soweit die vorhandenen Vorräte reichen. Rechtzeitiger Einkauf daher empfehlenswert.

